

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktions- und Geschäftsstelle: Dresden, Hauptstraße 12
Telefon: 2211
Abdruckung: Dresden, Hauptstraße 12

Bezugspreis bei halbjährlicher Zahlung monatlich 1,40 RM. (einschließlich 20 % für Zustellung), bei vierteljährlicher Zahlung 3,40 RM. (einschließlich 20 % für Zustellung), bei monatlicher Zahlung 1,40 RM. (einschließlich 20 % für Zustellung). Einzelhefte 10 Pf. (einschließlich 20 % für Zustellung). Ausland: 2,00 RM. (einschließlich 20 % für Zustellung). Familienpreis: 10 RM. (einschließlich 20 % für Zustellung). Einzelhefte 10 Pf. (einschließlich 20 % für Zustellung). Einzelhefte 10 Pf. (einschließlich 20 % für Zustellung).

Druck u. Verlag: Neff & Reichardt, Dresden, Hoffmeisterstraße 10

THÜRMER-FLUGEL-PIANOS
Kunstspielpianos
seit 1834 bestbewährtes Qualitätsfabrikat
Meißen i. Sa., Martinstraße 12

Drucksachen
für Handel und Gewerbe
in moderner Ausführung erhalten Sie durch die
Graph. Kunstanstalt
Liesch & Reichardt
Marienstr. 38/42 / Fernruf 25241

Konditorei Schmorl
Wilsdruffer Straße 20
Amalienstraße 8/10
Honigkuchen / Marzipan

Die französische Regierung ist gestürzt

Tardieu mit acht Stimmen in der Minderheit

Paris, 4. Dez. Im französischen Senat stellte heute Ministerpräsident Tardieu im Anschluß an eine Interpellation des radikalen Senators Héry die Vertrauensfrage. 147 Senatoren stimmten gegen die Regierung und nur 139 für sie. Damit war das Kabinett Tardieu mit acht Stimmen Mehrheit gestürzt. Es reichte daraufhin dem Präsidenten der Republik sein Rücktrittsgesuch ein. Der Rücktritt wurde genehmigt. Die Verhandlungen über die Regierungsbildung sollen bereits am Freitagvormittag aufgenommen werden.

Persönliche und sachliche Gründe

Paris, 4. Dez. Das Anfang März d. J. nach dem Interregnum des radikalen Einheitskabinetts Chaumemps von Tardieu gebildete zweite Ministerium ist an derselben Spitze geblieben, die am 17. Februar bei einer belanglosen Budgetfrage das Auseinanderfallen seiner ersten Kombination herbeiführte:
Am Mangel einer festen Mehrheit.
An Stelle der Burgfriedensmehrheit, die in den wirtschaftlichen Notjahren 1926 bis 1928 die Politik Poincarés unterstützte, war Tardieu, nachdem die Parteipolitik wieder in ihre Rechte getreten war, auf das gefährliche, aber in Frankreich

Reichsetat unter dem Tributsystem

Der Haushaltsplan des Deutschen Reiches für 1931 hat, gemessen an früheren Jahren, den Vorzug, daß er dem Reichstag bereits am 8. Dezember vom Reichsfinanzminister vorgelegt werden konnte. Bisher war es selber üblich geworden, mit der Beratung desselben erst zu beginnen, nachdem das Haushaltsjahr, das bekanntlich am 1. April beginnt, bereits längst angefangen hatte. Man merkt es dem Etat an, daß er ein Kind der allerkritischsten Zeit ist, die das Reich seit der Inflation durchgemacht hat. Deshalb verdienen seine Zahlen die ernste Berücksichtigung. Die Regierung baut ihn auf den dreißig neuen Steuern auf, die sie seit dem Wege der Notverordnung unter Umgehung des Parlaments erlassen hat. Auf dem Papier soll dadurch ein Steuermehraufkommen von rund 1 Milliarde erzielt werden. Wohlgerichtet auf dem Erkenntnis durchdringen müssen, daß neue Steuern noch lange keine neuen Einnahmen sind. In Wirklichkeit haben wir trotz aller Steuerwellen seit dem Juli erhebliche Steuerrückgänge zu verzeichnen. Der Finanzminister bezieht den Gesamtminderertrag auf 1,148 Milliarden. Er war deshalb trotz der höchsten Steuern gezwungen, an den Ausgaben insgesamt 1,153 Milliarden abzurufen. Man hat diese Ersparnisse als eine große Tat des Kabinetts Brünning gefeiert. In Wirklichkeit sind sie selbstverständlich nur eine Handlung der allerdringendsten Not, und es bleibt noch sehr die Frage, ob sie überhaupt genügen werden. Denn noch weiß niemand, ob das Ausmaß der Steuerrückgänge nicht ein viel erheblicheres sein wird, als die Reichsregierung annimmt. Daß eine Senkung unserer Ausgabenwirtschaft von gebieterischer Notwendigkeit ist, ergibt sich aus der katastrophalen Steigerung des Gesamtbedarfes des Reiches seit 1913. Damals betragen die Ausgaben 2,672 Milliarden Mark, im Jahre 1926 fast das Doppelte, 4,941 Milliarden, und im Jahre 1930 bereits die unerträgliche Summe von 11,578 Milliarden. Angesichts dieser Entwicklung ist die Senkung der Ausgaben auf 10,987 Milliarden, die auch für die Etats von 1932 und 1933 als Höchstsumme gelten soll, nur ein kleiner Anfang. Aber die Regierung versichert uns, wie teuer ihr allein schon dieses bescheidene Ergebnis geworden sei, weil ihr nach Abzug der äußeren und inneren Lasten sowie der Verzinsung der Schulden nur noch 2,5 Milliarden eigentliche Ausgaben verbleiben. Hier melden sich bereits zwei Krebsgeschäden, die an unseren Finanzen gehren: die Tribute und eine durch sie verursachte Verzinsung, die bereits für das Reich seit dem Sommer vorigen Jahres um nicht mehr als drei Milliarden gestiegen ist. Davon sind allein 1,800 Milliarde schwedische Bankguldens, die sich trotz der Zinsungsvorschriften nicht vermindert haben, sondern in gleicher Höhe wie am Ende des letzten Jahres vorhanden sind. Die hohe Zinsbelastung bleibt also nach wie vor bestehen.

Die große Finanzdebatte im Reichstag

Wort zu einer temperamentvollen Erwiderung. Als er geendet hatte, füllte der Kommunist Stöcker die Mittagsstunde mit einer Rede aus, der nur seine Fraktionskollegen beiwohnten. Das Geschrei, das er erhob, löste aber selbst durch die Türen des Sitzungssaales hindurch. Nach der obligatorischen Mittagspause von 2 bis 3 Uhr kam dann Herr Erling vom Zentrum zu Worte, der naturgemäß nichts anderes tun konnte, als seinem arg bedrängten Parteigenossen Dr. Brüning die Stange zu halten und sich an Dugenberg und den Nationalsozialisten zu reiben.
Eine ganz vorzügliche Rede hielt dann der ostfälische deutschnationale Dr. Wang, dessen Anklagen gegen die Regierungsbank scharf pointiert niederfielen; er räumte endlich einmal mit der Behauptung auf, die jetzigen Zustände hätten ihre Ursache in der Weltwirtschaftskrise. Reichskanzler und andere Reichsminister pflegten mit den heillosen Verhältnissen in Deutschland stets dieses Argument zu verknüpfen, das praktisch weniger als eine halbe Wahrheit ist. Was zu der heutigen Krise geführt hat, ist nicht die Lage der Weltwirtschaft, sondern die Vernichtung des inneren deutschen Marktes, der einerseits einer verfehlten Wirtschaftspolitik und andererseits der Tributpolitik zum Opfer gefallen ist. Interessant war auch der Vergleich mit den Gesamtlasten für den öffentlichen Apparat in Deutschland, der sich, wenn man den entsprechend gesunkenen Wert der Mark in Rechnung stellt, um mehr als das Doppelte gegenüber 1913 vergrößert hat.
Für die sächsischen Tabakinteressen trat Finanzrat Dr. Wang mit berebten Worten ein. Er schloß mit dem Hinweis, daß die Hoffnungen der Regierung auf eine wesentliche Besserung der Lage ohne ein Deranlassen an die Tributfrage enttäuscht werden würden und bekannte sich zum Schluß zu der Entscheidung: Lieber eine national-völkische Diktatur als eine rote.
Der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Cremer versuchte dann in längeren Ausführungen die Haltung seiner Fraktion zu begründen. Er mußte in zahlreichen Fällen herbe Kritik an Notverordnung und Etat üben, aber die politische Lage scheint der Deutschen Volkspartei eine zustimmende Haltung zu diktieren. Dies kam dann auch zwischen vielen Wenn und Aber zum Ausdruck.
Dr. Gercke von der Landvolkpartei knüpfte an die Ausführungen seines Vorredners an und begründete aus sachlichen Gesichtspunkten die ablehnende Haltung seiner Fraktion. Als letzter Redner des heutigen Tages sprach ein Vertreter der Volksnationalen Gruppe, der auf die Seite der Regierung trat. Der Reichskanzler erwiderte heute nicht mehr das Wort. Die zweite Rednergarnitur wird am Freitag aufmarschieren, die dritte und letzte am Sonnabend. Das ist dann der Tag der parlamentarischen Entscheidungen, bei denen die Regierung mit 17 Stimmen Mehrheit durchs Ziel zu gehen hofft.
Sitzungsbericht auf Seite 3

Siedende Stimmung des Parlaments

Stimmungsbild unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 4. Dez. Wie eine Art Schattenspiel gleitet der erste Tag der Etatsdebatte vor dem Auge des Zuhörers und Zuschauers vorbei, ab und zu bräut es an dieser oder jener Stelle des Hauses auf, aber schon ist wieder Ruhe. Schon tönen wieder in einer gewissen Gleichförmigkeit die Worte der verschiedenen Parteireferenten durch den schlechtbesetzten Sitzungssaal. All das läßt den Schluß zu, als ob hier im Reichsparlament eigentlich doch nur die Schatten der wahren politischen Mächte agierten. All das, was sich seit Wochen und Monaten abgepflegt hat, hat die Gloriole, als ob hier im Reichstag die wichtigsten Entscheidungen fallen könnten, verlassen lassen.
Je stiller und gedämpfter es heute im Reichsparlament ist, um so lauter, bewegter und blutvoller ist es draußen vor den Türen und draußen im Lande, wo sich die Wogen politischer Leidenschaft immer härter brandend erheben.
und wo entgegen den merkwürdig zurückhaltenden Stimmungen im Reichstag sich das innenpolitische Schicksal Deutschlands gestaltet. Den Reigen der Debattierenden eröffnete der Sozialdemokrat Keil, der sich wohl der schwierigen Position, die er zu verteidigen hatte, bewußt war. Er begann mit seinen Ausführungen zwar nicht bei Adam und Eva, hielt es aber für notwendig, vom Weltkrieg auszugehen, um dadurch zu veranschaulichen, daß seit Ausbruch des Weltkrieges die Macht doch mehr oder weniger in den Händen seiner Partei lag, die deshalb die Verantwortung für das, was heute ist, trägt. Diese Last aber zu tragen, dankte Herr Keil zu schwer, und wie Dr. Brüning für alles, was über uns hereingebrochen ist, die Weltwirtschaftskrise verantwortlich zu machen pflegte, so die Sozialdemokratische Haushaltsachverständige mit dem Weltkrieg.
Beide Versuche werden im Volk jedoch wenig verfangen. Keil wurde abgelöst von dem nationalsozialistischen Abgeordneten Feder, der in breiter Form die Argumente des Nationalsozialismus vortrug, dessen Rede eine eigentümliche Wendung aber erst am Schluß nahm, wo er gleichsam an das Zentrum den Appell richtete, sich vom Marxismus abzuwenden und dort Anschluss zu suchen, wo die wahren religiösen Kräfte zu finden sind, nämlich auf der Rechten. Es verfiel auf die Zentrumsvorrede gewiß nicht seine Wirkung, als der Abg. Feder das vom Reichsinnenminister verbotene und vom sächsischen Innenminister Dr. Friedländer angeordnete Schulaebet um Freiheit und Ehre stiftete und dem Wunsch Ausdruck gab, daß eines Tages doch einmal der Zeitpunkt kommen möge, wo auch das Zentrum dieses Gebet zusammen mit der Rechten werden teilen können.
Der Reichsfinanzminister Dietrich schloß sich durch zahlreiche Hinweise des nationalsozialistischen Abgeordneten scharf getroffen und nahm deshalb alsbald das

Heute: **Der D.N.-Kraftfahrer**
Seite 13 und 14